

*Dr. Sigrid Meierhofer*

**Rede auf dem SPD-Unterbezirksparteitag  
12. Juli 2019**

## **Geradlinig, glaubwürdig und gerecht**

Liebe Genossinnen und Genossen,

schön, dass Ihr alle gekommen seid in diesen für die SPD turbulenten Zeiten, um den Kreisvorstand neu zu wählen. Ihr gebt damit ein Bekenntnis ab, für die SPD, für unsere Werte, für unsere solidarische Gesellschaft, was wahrlich nicht selbstverständlich ist. Dafür danke ich Euch. In Zeiten, in denen Populismus, Nationalismus, Fake News und Polarisierung jeglicher Art auf der Tagesordnung stehen, ist es besonders wichtig, Flagge zu zeigen für Meinungsfreiheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Es ist heute so wichtig wie schon lange nicht mehr, im politischen Umgang geradlinig und glaubwürdig zu sein, und sich eben nicht den Populisten und Nationalisten anzunähern, in dem Glauben einfache Rezepte für schwierige Probleme zu haben. Die gibt es nämlich nicht.

Die Frage ist, wie konnte das passieren, dass sich ein offenbar großer Teil unserer Mitmenschen von der Politik vergessen und ausgegrenzt fühlt, obwohl es uns heute so gut geht wie noch nie. Woher kommen diese Existenz- und Zukunftsängste, die die Menschen in Scharen zu Parteien treiben, die Luftschlösser bauen und das Blaue vom Himmel versprechen, in ihren Wahlprogrammen aber keineswegs Mittel und Wege aufzeigen, wie ihre Versprechen eingelöst werden sollen. Begleitet ist dieses Phänomen von einem immer rüder werdenden Umgangston, der nicht selten in persönliche Attacken und Beleidigungen mündet.

Ausgelöst durch den Mord an Regierungspräsident Lübcke gibt es gegenwärtig Diskussionen darüber, wie weit Meinungsfreiheit gehen darf, beziehungsweise wo sie aufhört und wo die im Grundgesetz festgeschriebene unantastbare Würde des Menschen anfängt. Ja, als Politikerinnen und Politiker steht man im Fokus. Und diese Situation hat Jede und Jeder selbst gewählt. Und ja, als in der Öffentlichkeit stehende Politiker, Politikerinnen muss man Einiges aushalten. Ist es aber nicht so, dass Grenzüberschreitungen gegenwärtig um sich greifen? Muss man sich in einem solchen Amt teilweise übel beschimpfen lassen und bei haltlosen Behauptungen zuschauen, wie die eigene Glaubwürdigkeit untergraben wird?

Ich schließe mich der Meinung des Städtetags an, wonach Grenzen neu definiert werden müssen und ein Überschreiten geahndet werden sollte. Bundespräsident Steinmeier hat das Problem auf den Punkt gebracht. „Wo die Sprache verroht ist die Straftat nicht weit.“ Dieser Entwicklung müssen wir entgegen treten, als Politiker, Politikerinnen, als Bürger, Bürgerinnen zum Schutz unserer Solidargemeinschaft.

In meiner Studentenbude hing Jahre lang ein Spruch von Bertolt Brecht an der Wand: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht." Diesen Spruch hatte ich viele Jahre nicht mehr parat. Zuletzt hatte ich ihn aber wieder aus meinem Gedächtnis ausgegraben. Wir haben immer noch eine starke und unabhängige Jurisprudenz im Gegensatz zu einigen Nachbarländern, deren Entwicklung ich mit Sorge betrachte. Damit das so bleibt, kann ich nur mit einem Appell diese Ausführungen schließen: Wehret den Anfängen!

Und jetzt zu unserem Landkreis: wir leben hier sehr bevorzugt auf einem wunderschönen Fleckchen Erde und ich frage mich bei der zu beobachtenden wachsenden Unzufriedenheit, warum diese Erkenntnis offenbar immer häufiger abhanden kommt. Es geht uns hier ganz überwiegend sehr gut, das möchte ich an dieser Stelle einmal festhalten. Dennoch gibt es natürlich Gestaltungsmöglichkeiten, die meiner Meinung nach notwendig sind, um den Herausforderungen einer postindustriellen digitalen Gesellschaft gerecht werden zu können, die im Übrigen, ob wir es wollen oder nicht, auch unser Werdenfelser Land betrifft. Wie stellen sich diese Herausforderungen bei uns dar?

Problem Wohnen: Baugrund ist bei uns sehr teuer. In Garmisch-Partenkirchen sind mittlerweile deutlich über 1.000 €, teilweise auch 1.500 € pro Quadratmeter üblich. Das hat zur Folge, dass auf dem privaten Wohnungsmarkt die Mieten in einer Höhe angekommen sind, die sich die meisten Beschäftigten in unseren wichtigsten Branchen – Tourismus und Gesundheit - nicht mehr leisten können beziehungsweise für Mieten überproportional viel des Einkommens aufgebracht werden muss. Wie ist Abhilfe möglich? In aller Regel nur, indem gemeinde- bzw. landkreiseigene oder landwirtschaftliche Grundstücke entwickelt

werden. Ersteres setzt eine kluge Vorhaltepolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten voraus (in Garmisch-Partenkirchen ist das Gegenteil der Fall), letzteres die Verkaufsbereitschaft der privaten Eigentümer mit Verträgen etwa entsprechend dem Münchner Modell. Für die zweite Variante wäre eine landkreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, die solche Maßnahmen professionell begleiten könnte, von großem Vorteil. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Kreistag genau diesen Antrag gestellt, der aber im Kreisausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Problem Verkehr: auch auf diesem Gebiet scheint unser Landkreis noch nicht in der Gegenwart angekommen zu sein. Anstatt den ÖPNV zu fördern, wurde die Buslinie von Grafenaschau nach Murnau eingestellt und das, bevor das Verkehrsgutachten fertig gestellt wurde. Auch hier hat die SPD Fraktion, federführend Martin Wohlketzter, für den Erhalt gekämpft und wurde überstimmt von der CSU und einem Großteil der Freien Wähler. Heute war im Tagblatt zu lesen, dass seit dem Jahr 2000 jährlich ein Zuwachs von circa 1.000 Kraftfahrzeugen im Landkreis zu verzeichnen ist, das heißt, dass in dieser Zeit eine Steigerung von zugelassenen Fahrzeugen um 35% zu verzeichnen ist. Und das wiederum beweist, dass eben ein Großteil unseres motorisierten Verkehrs hausgemacht ist. Es sind also nicht die Touristen Schuld am hohen Verkehrsaufkommen, wie allorts angeprangert wird, sondern wir selbst, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche war ich beim Städtetag. Hauptthema war die Digitalisierung, Mobilität einer der behandelten Schwerpunkte. Über die notwendige Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitigem Ausbau des ÖPNV hinsichtlich Takt und Netz sowie der Fahrradinfrastruktur waren sich alle einig, inklusive Ministerpräsident Söder und der Oberbürgermeisterin von Rosenheim, Gabriele Bauer, die dieses Thema federführend behandelt hat. Bei der CSU in Bayern ist die Erkenntnis also bereits angekommen. In der CSU von Ort und Landkreis Garmisch-Partenkirchen offenbar noch nicht. Das beispiellos absurde Theater, das sich der Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat bei der Bahnhofstraße geleistet hat, haben wohl alle noch frisch in Erinnerung.

Problem Klimaschutz, das bei uns zumindest teilweise aus dem Verkehrsproblem hervorgeht. Der so genannte Fahrradschnellweg ist ein Klimaschutzprojekt der Bundesregierung. Von Murnau über Ohlstadt, Eschenlohe, Oberau und Farchant haben sich alle Gemeinden an die Vorgabe gehalten. Nur eben Garmisch-Partenkirchen nicht. Der Gemeinderat hat zwar einstimmig das Projekt befürwortet, als es aber an die Umsetzung ging, es sich doch anders überlegt. Nach dem Motto, so haben wir uns das nicht vorgestellt.

Erfreulicherweise sind wir jetzt immerhin Vollmitglied bei der Energiewende Oberland, einem Zusammenschluss der Landkreise der Planungsregion 17 zu

diesem Thema. Und wir haben einen Klimaschutzmanager, der nicht nur wichtige Aufklärungsarbeit leistet, sondern sich mit verschiedenen Projekten sozusagen selbst finanziert. Beide Vorhaben wurden im Kreistag gegen die Stimmen der gesamten CSU durchgesetzt. In beiden Fällen hat Martin bei nahezu jedem einzelnen Kreistagsmitglied der Freien Wähler und der Bayern Partei Überzeugungsarbeit geleistet, so dass es am Ende, wenn auch knapp, gereicht hat. Grüne, ÖDP und eben unsere SPD Fraktion waren von Beginn an dafür.

Problem Soziales: ein Thema, das sich über Jahre hingezogen hat, konnte jetzt endlich abgeschlossen werden. Garmisch-Partenkirchen hat einen Streetworker beziehungsweise eine Streetworkerin, die zur Hälfte vom Landkreis bezahlt wird. Die Notwendigkeit wurde schon vor Jahren erkannt, aber der Landkreis sah dafür nur eine halbe Stelle als notwendig an. Für diese Aufgabe haben sich nach mehreren Ausschreibungsversuchen keine Bewerber gefunden. Deshalb habe ich im vergangenen Herbst mit Nachdruck und Hartnäckigkeit eine ganze Stelle durchgesetzt, die inzwischen auch besetzt ist. Es läuft gut an, unsere Streetworkerin leistet wertvolle Arbeit.

Wo der Landkreis umgekehrt von Garmisch-Partenkirchen profitiert, ist bei den LongLeif Projekten. Finanzielle Unterstützung gibt es dabei für das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, außerdem im künftigen Seniorenzentrum für die Wohnberatung und für die Seniorenplattform. Und die Entwicklung der Forschung wird auch dem ganzen Landkreis zugute kommen.

Problem Bildung: da würde ich mir etwas mehr Unterstützung vom Landkreis erwarten, wenn es darum geht, für das bereits erwähnte Bildungszentrum eine Hochschulbindung zu erreichen und vor allem, für den geplanten Bildungs- und Forschungscampus ein Wohnheim für Azubis beziehungsweise Krankenpflege-Schüler und Schülerinnen sowie für Studierende zu finanzieren. Das können wir nämlich aufgrund des Stifterwillens nicht mit Leifheit-Mitteln bewerkstelligen. Und da zeigt sich der Landkreis bislang sehr sperrig.

An den landkreiseigenen Schulen gibt es nichts zu mäkeln. Sie werden immer wieder auf den aktuell notwendigen Stand gebracht, wofür hohe Investitionen getätigt werden, die selbstredend zu einem großen Teil von der Kreisumlage, also von den Landkreisgemeinden, finanziert werden. Ich hoffe nur, dass die Landkreisverwaltung bei den Realschulen auf einen Ausgleich der Schülerzahl achtet. Es kann nicht sein, dass wir die Murnauer Realschule ständig erweitern auf Kosten der zwei Garmisch-Partenkirchner und der Schlehdorf Schulen. Schließlich wird der Landkreis Haushalt, wie erwähnt, zu großen Teilen von den Kommunen finanziert!

Es gäbe noch einiges zu berichten, was von Seiten der Landkreisverwaltung, vorsichtig gesagt, nur sehr zögerlich behandelt wird. Beispielsweise haben wir

vor bereits eineinhalb Jahren beantragt, dass der Landkreis Förderkriterien für Sport – und Kulturangelegenheiten entwickelt. Bis heute ist leider nichts passiert. Aus dem Landratsamt ist zu vernehmen, dass das schwierig sei. Als Antwort kann ich das nicht anerkennen. Auch die Verhandlungen zur Müllentsorgung schienen mir sehr einseitig und wenig ergebnisorientiert. Es ging darum, dass eine Zusammenarbeit des Landkreises mit den Gemeindewerken Garmisch-Partenkirchen entwickelt werden sollte. Sie kam nicht zu Stande, abgesehen vom Biomüll. Das war wohl auch zu schwierig. Dabei möchte ich es zunächst belassen.

Kommen wir wieder zurück zur SPD und damit zu unserer aktuellen Situation. Wie können wir sie bewältigen? Vor kurzem habe ich bei der SGK Mitglieder Versammlung in Nürnberg Ulrich Maly gehört, der eine Art Grundsatzreferat zu diesem Thema gehalten hat. Daraus möchte ich an Euch einige Gedanken weitergeben. Zunächst sollten wir, so Maly, das tun, was wir seit über 150 Jahren können und auch umsetzen: geradlinig, glaubwürdig und gerecht sein. Er rät uns auch, die Arbeitsgesellschaft wieder stärker in den Blick zu nehmen, außerdem ein neues Gefühl für Modernität zu entwickeln, um die Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, meistern zu können. Die sozialdemokratische Umweltpolitik muss, so führt er aus, als eigenes Profil erkennbar sein. Und er erinnerte daran, dass der Atomausstieg eine SPD-Initiative war. Zur Ordnungspolitik, meinte Maly vorsichtig, sollte die SPD ihre Einstellung überdenken und wohl auch ändern. Er endete mit dem Appell, raus zu gehen, die Menschen in ihrer Identität und ihrem Heimatgefühl zu unterstützen und ihnen ihre Zukunftsängste damit zu nehmen. Ich denke, er hat Recht mit allem, was er aufgeführt hat. Es sind dafür etliche Weichenstellungen, vielleicht sogar Umwälzungen notwendig. Es müssen Herausforderungen bewältigt werden, für die sinnvollerweise die nächste Generation in die Verantwortung genommen werden sollte. Sie steht bei uns bereit. Das sollten wir nutzen.

Deshalb kandidiere ich nicht mehr als Vorsitzende. Für diese Aufgabe empfehle ich euch Enrico Corongiu, der schon als Bundestagskandidat, wie ich finde, großartige Arbeit geleistet hat, und der bereit ist, diese Herausforderung anzunehmen. Ich selbst werde mich natürlich nicht aufs Altenteil zurückziehen, sondern als Stellvertreterin kandidieren. Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen.

Mit Enrico an der Spitze würden wir dann, wenn Ihr zustimmt, die Kommunalwahl vorbereiten, auf die Art und Weise, wie wir es seit 150 Jahren tun: geradlinig, glaubwürdig und gerecht.